



v.l. André Fritsche, Hauptgeschäftsführer IHK Cottbus, Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin IHK Berlin, Dr. Christian Herzog, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Potsdam, Martina Klement, Ministerin für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa des Landes Brandenburg, Bernd Lange, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments, Monique Zweig, Hauptgeschäftsführerin IHK Ostbrandenburg, Henrik Fischer, Staatssekretär im Ministerin für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa des Landes Brandenburg | BERLINboxx

IHK-Potsdam: Außenwirtschaftskonferenz: Europas Antwort auf eine neue Handelsordnung

11. September 2026

Protektionismus in den USA, eine offensive chinesische Industriepolitik und wachsende Handelshemmnisse verändern die Bedingungen für international tätige Unternehmen. Bei der Außenwirtschaftskonferenz der Industrie- und Handelskammern der Metropolregion Berlin-

Brandenburg am 10. September in Potsdam diskutierten rund 100 Vertreter aus Wirtschaft und Politik darüber, wie Europa darauf reagieren kann. Unter dem Motto „Europa stärken – Weltmärkte im Wandel“ standen ein leistungsfähiger Binnenmarkt, neue Handelspartnerschaften und zusätzliche Absatzmärkte im Mittelpunkt.

Die Ausgangslage ist dabei keineswegs nur negativ: Im ersten Halbjahr 2026 stiegen die Exporte aus Berlin um 8,6 Prozent, aus Brandenburg um 8,0 Prozent. Gleichzeitig berichten 40 Prozent der Unternehmen in Berlin und Brandenburg von zunehmenden Handelshemmnissen im Auslandsgeschäft. Nahezu jedes zweite Unternehmen sieht sich durch Zölle beeinträchtigt.

Dass Außenwirtschaft für Berlin und Brandenburg ein zentraler Standortfaktor ist, unterstrichen zu Beginn **Martina Klement**, Ministerin für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa des Landes Brandenburg, **Manja Schreiner**, Hauptgeschäftsführerin der IHK Berlin, sowie **Dr. Christian Herzog**, Hauptgeschäftsführer der IHK Potsdam. Während Klement die Bedeutung internationaler Partnerschaften für Wachstum und Mittelstand hervorhob, verwies Schreiner auf Berlins internationale Wirtschaftsstruktur. Herzog stellte vor allem den europäischen Binnenmarkt in den Mittelpunkt: Neun der zehn wichtigsten Außenhandelspartner Brandenburgs seien europäische Nachbarn.

Bernd Lange: Die alte Handelsordnung trägt nicht mehr

Den inhaltlichen Schwerpunkt der Konferenz setzte **Bernd Lange**, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments. Seine Diagnose fiel deutlich aus: Europas Wohlstand hängt in hohem Maße von funktionierenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen ab, während die Handelsordnung, auf die sich Unternehmen über Jahrzehnte verlassen konnten, zunehmend unter Druck gerät.

Nach Langes Darstellung ist die Europäische Union beim Handel besonders stark von der Außenwirtschaft abhängig. Rund die Hälfte der europäischen Wirtschaftsleistung wird durch den Handel mit Waren und Dienstleistungen geprägt. Umso wichtiger sind stabile und vorhersehbare Rahmenbedingungen.

Mach es in Brandenburg.



Bernd Lange, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments | BERLINboxx

Genau diese Verlässlichkeit sieht Lange jedoch schwinden. Die USA hätten ihre Wirtschaftspolitik bereits seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 schrittweise protektionistischer ausgerichtet. Zölle, wechselnde Rechtsgrundlagen und industriepolitische Eingriffe machten Handelsbeziehungen zunehmend schwer kalkulierbar. „Stabilität und Vorausschaubarkeit“ sind jedoch gerade für Handelsbeziehungen und Investitionsentscheidungen zentral.

USA und China erhöhen den Druck

Auch China hat seine Wirtschaftspolitik seit der Finanzkrise grundlegend verändert. Lange verwies auf „Made in China 2025“, staatliche Subventionen und den gezielten Aufbau großer industrieller Kapazitäten. Der zunehmende Einsatz industriepolitischer Instrumente durch China und die USA hat den internationalen Wettbewerb erheblich verändert.

Als Beispiel nannte Lange unter anderem die Stahlindustrie. Überkapazitäten und staatliche Unterstützung könnten europäische Hersteller unter erheblichen Wettbewerbsdruck setzen. Die EU hat deshalb in den vergangenen Jahren eigene handelspolitische Schutzinstrumente aufgebaut beziehungsweise verstärkt – von Anti-

Dumping- und Anti-Subventionsmaßnahmen bis hin zu Instrumenten gegen Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Binnenmarkt.

Gleichzeitig setzt Lange weiterhin auf Verhandlungen mit China. Die schwächere chinesische Binnennachfrage, Probleme am Immobilienmarkt und die Bedeutung des europäischen Absatzmarktes eröffneten nach seiner Einschätzung auch Spielraum, um über Subventionen, Marktzugang und diskriminierende Regelungen zu verhandeln.

Vier Bausteine für Europas wirtschaftliche Souveränität

Aus der veränderten Weltwirtschaft leitete Lange vier Handlungsfelder für Europa ab.

Erstens müsse die EU ihre handelspolitischen Schutzinstrumente konsequent nutzen, wenn Unternehmen durch Subventionen, Dumping oder diskriminierende Regeln benachteiligt würden.

Zweitens brauche Europa ein dichteres Netz verlässlicher Handelspartnerschaften. Lange verwies dabei auf Mercosur sowie auf Abkommen beziehungsweise vertiefte Wirtschaftsbeziehungen mit Indonesien, Indien und Australien. Weitere Perspektiven sieht er in Südostasien. Neue Partnerschaften könnten die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA und China nicht ersetzen, wohl aber Abhängigkeiten reduzieren und die europäische Wirtschaft widerstandsfähiger machen.

Drittens müsse Europa selbst industriepolitisch aktiver werden. Dazu zählt Lange auch eine Reform der öffentlichen Beschaffung. Europäische Wertschöpfung solle stärker berücksichtigt werden, gleichzeitig müssten Verfahren vereinheitlicht und bürokratische Belastungen für Unternehmen reduziert werden.

Als **vierten** Baustein nannte Lange eine engere Zusammenarbeit mit demokratischen Partnern und sogenannten „Middle Powers“. Kanada, Brasilien, Japan, Südkorea oder Indonesien könnten sowohl wirtschaftlich als auch geopolitisch stärker mit Europa kooperieren.

Damit verbindet Lange wirtschaftliche Offenheit mit einem deutlich stärkeren Anspruch auf strategische Handlungsfähigkeit. Europa müsse seine Märkte offenhalten, zugleich aber in der Lage sein, eigene Interessen zu verteidigen und internationale Partnerschaften selbstbewusst zu gestalten.

Seine Botschaft brachte er am Ende seiner Keynote pointiert auf den Punkt: Wer in der neuen internationalen Ordnung nicht stark genug ist, gemeinsam zu handeln und „am Tisch sitzt, wird Teil des Menüs“. (eg)